

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt

An die  
Mitglieder des Niedersächsischen Landtages  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
Postfach 4407  
30044 Hannover

Offener Brief vom 1. Mai 2001

## Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil

### **Dokumentation 15**

Seite 1 bis 29

(Themen: Pflegeversicherung / nördliches Ostpreußen / Litauen)

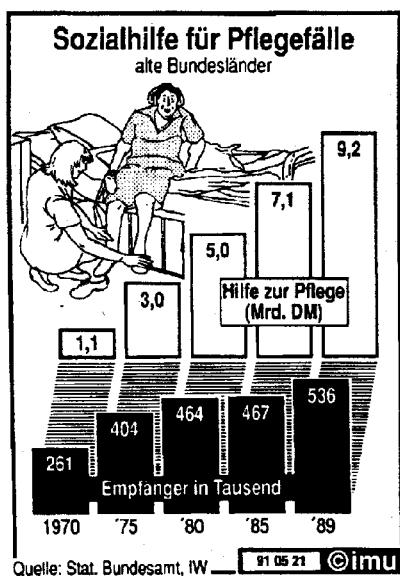
	Seite
• Die Pflegeversicherung: ein ordnungspolitischer Pflegefall! Artikel aus: <i>Der Dritte Weg</i> 11/94 .....	2
• Brief an die AOK Stadthagen vom 20.2. 95 „Pflege-versicherungs-police“ .....	4
• Von geheimen Gesprächen will weder Moskau noch Berlin etwas wissen - aus der HAZ vom 24.1. 01 .....	7
• Leserbrief zum HAZ-Artikel vom 24. 1. 01 .....	8
• Brief an Virgis Viningas in Litauen vom 17. 11. 94 .....	10
• Wer ist Herr Erdmann? Welche Hilfe benötigt Litauen? Ostern 1995 .....	15
• Brief an Menschen in Litauen vom 1. 5. 95 .....	27

In den Tageszeitungen und in den Wochenmagazinen wird das Thema "Pflegeversicherung" seit längerem immer wieder aufgegriffen. Erfreulich könnte man sagen, daß endlich einmal ein Gesetzesprojekt im Volk erörtert wird, bevor es durch die Gesetzgebungsmechanik läuft. Aber wird auch gründlich genug diskutiert?

## Die geplante Pflegeversicherung: ein ordnungspolitischer Pflegefall !

Von Tristan Abromeit

Wenig oder gar nicht wird hinterfragt, warum eine echte Pflegefallversicherung auf freiwilliger Basis kein Lösungsbeitrag sein soll. Es wird auch nicht analysiert, warum die rund zwei Prozent der Bevölkerung, die im Alter auf fremde Hilfe angewiesen sind, in einem der reichsten Länder der Erde ihre Pflege nicht selber finanzieren können. Und noch weniger wird deutlich, von welcher ordnungspolitischen Zielvorstellung her gesehen, die Vorschläge unterbreitet werden.



### Über 9 Milliarden für Pflegehilfe

Die Sozialhilfe unterstützt pflegebedürftige Personen auf zwei Arten: Das Pflegegeld dient zur Bestreitung häuslicher Pflegekosten. Darüber hinaus gibt es die "sonstige Pflegehilfe", z. B. für bedürftige Heimbewohner oder zur Alterssicherung von Personen, die ihre Angehörigen zuhause pflegen. Insgesamt wurden 1989 über 9 Milliarden DM für Hilfe zur Pflege ausgegeben. Das war mehr als achtmal soviel wie 1970. Mit knapp 32 Prozent lag der Anteil dieser Ausgaben an der insgesamt gezahlten Sozialhilfe 1989 deutlich niedriger als noch 1980 (37,7 Prozent).

(Quellen: Statistisches Bundesamt, IW)

Die Ordnungspolitik wurde bei uns aber leichtsinniger- und unberechtigterweise in die politische Rumpelkammer gestellt. Darüber hinaus wird von vielen politisch agierenden Zeitgenossen Ordnungspolitik auch noch mit Law and Order, also obrigkeitstaatlichem Gesetz und Befehl verwechselt.

Ordnungspolitik meint aber denken und gestalten in gesellschaftlich-staatlichen Systemen und das Vorhandensein eines Bewußtseins von der Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) der Teilordnungen. Und seit Walter Eucken wissen wir, daß es nur zwei reine Typen von Ordnungen gibt, in denen Menschen ihre Produkte und Leistungen austauschen können. Es ist einmal die Verkehrs- oder Marktwirtschaft und als Gegenpol die Zentralverwaltungs- oder Kommandowirtschaft. Marktwirtschaft (als Bezeichnung für ein Kooperationsystem, bei der die Einzelpläne über Preise und Wettbewerb koordiniert werden) ist nun aber nicht nur ein Gegenbegriff zum Begriff der Kommandowirtschaft, sondern auch ein Gegenbegriff zum Kapitalismus (als die Möglichkeit durch

Nicht-Leistung aufgrund von Monopolen oder Privilegien zu kommen).

### Tarnname "Marktwirtschaft" für Kapitalismus

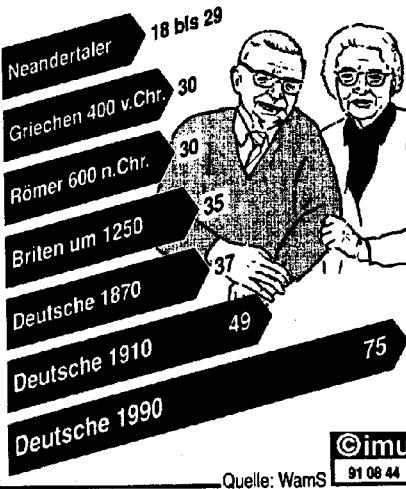
Dabei spielt es eine untergeordnete Rolle, ob der Kapitalismus mehr staatlich oder mehr privatwirtschaftlich geprägt ist. Dies wissen wir wenigstens seit Proudhon und Gessell. Das Vergessen oder Verdrängen dieser Zusammenhänge bewirkt eben, daß den neuen Bundesländern und den osteuropäischen Staaten politisch der Kapitalismus unter dem Tarnnamen "Marktwirtschaft" verkauft werden kann und die Befreiung von zentralistischen Strukturen durch andere zentralistische Strukturen versprochen wird. Das Fehlen von systemorientiertem Denken in der Politik und den Medien führt eben nicht zur Aufklärung, sondern zur Desorientierung mit letztlich freiheitsfeindlichen und inhumanen Konsequenzen. So kommt es auch, daß Norbert Blüm und seine Anhänger - im realtypischen, nicht im idealtypischen Sinn - Kommunisten sind, ohne daß die Öffentlichkeit dies bemerkt.

In der "Wirtschaftswoche" Nr. 37/1991 trägt ein Beitrag von Christa Thoben den Titel "Pflegeversicherung: Baustein des Sozialstaats". Diese Aussage stimmt. Nur der Sozialstaat ist ein Instrument der Entmündigung der Bürger, ein Verhinderer marktwirtschaftlicher, dezentraler Problemlösungsansätze, ein Versuch, die Überwindung des Kapitalismus vermeidbar zu machen und eben kein Instrument, um unter den Bürgern sozialen Frieden in Freiheit zu schaffen. Dem Satz von Christa Thoben: "Eine grundlegende Überprüfung unserer sozialen Sicherungssysteme scheint angebracht" ist zuzustimmen. Nur dürfen solche Aussagen keine rhetorischen Übungen bleiben.

### Über pragmatische Hilfe ordnungspolitische Lösung anstreben

Klar ist, daß die aktuelle Not bei den pflegebedürftigen Menschen kurzfristig und pragmatisch neben der ordnungspolitischen langfristigen Lösung angegangen werden muß. Zu bedenken ist aber, daß die innenpolitische Trostpflasterpolitik bei steigenden Kapital- und Staatskosten für je-

**Menschen werden immer älter**  
durchschnittliche Lebenserwartung  
in Jahren



**Lebensalter vervierfacht**

Während die Deutschen ein Lebensalter von durchschnittlich 75 Jahren erreichen, liegt es in den "Entwicklungsländern" viel niedriger, in Äthiopien z. B. bei 43 Jahren.

Quelle: WamS



den Bürger durch die außenpolitische Scheckbuchpolitik an Manövrierfähigkeit verloren hat. Unter diesem Gesichtspunkt ist mittelfristig eine Rebellion der Bürger nur dann zu vermeiden, wenn die Scheckbuchpolitik als moderne Verteidigungspolitik begriffen wird, die zu Lasten des Verteidigungshaushalts und nicht zu Lasten des Sozial Etats geht.

Langfristig kann Sozialpolitik nur dann befriedend wirken, wenn sie ihre Aufgabe so gut macht, daß sie sich als Ressort auflösen kann. Dies ist dann der Fall, wenn die Sozialpolitiker in Konkurrenz zu den Wirtschafts- und Ordnungspolitikern dazu beigetragen haben, die Probleme, die zur Sozialpolitik geführt haben, einer marktwirtschaftlichen Lösung zuzuführen: Zu benennen sind im einzelnen

- die Einkommens- und Vermögensverteilungsprobleme,
- die Konjunkturprobleme,
- die Zwangskollektive,
- die Steuerlast und
- die Verhinderung der Optimierung des sozialen Netzes durch Abwesenheit des Wettbewerbs.

Sicher ist es so, daß jede Umstellung von gesellschaftlichen Systemen schmerzhaft und kostenräftig ist (wir brauchen nur an die Umstellung in der ehemaligen DDR und den osteuropäischen Ländern zu denken). Nur, ist es

eine kluge Politik, einen generellen Kurswechsel der durch unverrückbare am Horizont aufgetauchte Klippen erforderlich geworden ist, zu vermeiden, nur weil die Berechnung des neuen Kurses nicht geübt wurde?

Ein neues soziales Netz oder Teil-Netz, wie die Pflegefallabsicherung, muß meines Erachtens folgende Kriterien erfüllen:

- a) Generationen, die noch nicht mündig sind oder noch nicht geboren wurden, dürfen nicht mit Lasten an die Kette gelegt werden, gegen die sie sich nicht wehren können.

- b) Da soziale Netz darf nicht zu Fesseln der Freizügigkeit werden. Bürger müssen ihre Rechte, die sie durch eigene Leistungen erworben haben, überall mitnehmen können, wohin sie sich auch in Europa oder der ganzen Welt begeben.

- c) Das soziale Netz darf nicht an einem qualitativen Wachstum durch räuberische Steuersätze gehindert werden und muß gegen seine Aushöhlung durch den Staat per Inflationierung der Währung und der Strapazierung durch Unterbeschäftigung geschützt werden.

- d) Das soziale Netz darf nicht daran gehindert werden, sich durch Wettbewerb zu optimieren.

- e) Das soziale Netz muß sowohl die Würde, die Freiheit und Eigenverantwortlichkeit der Bürger respektieren.

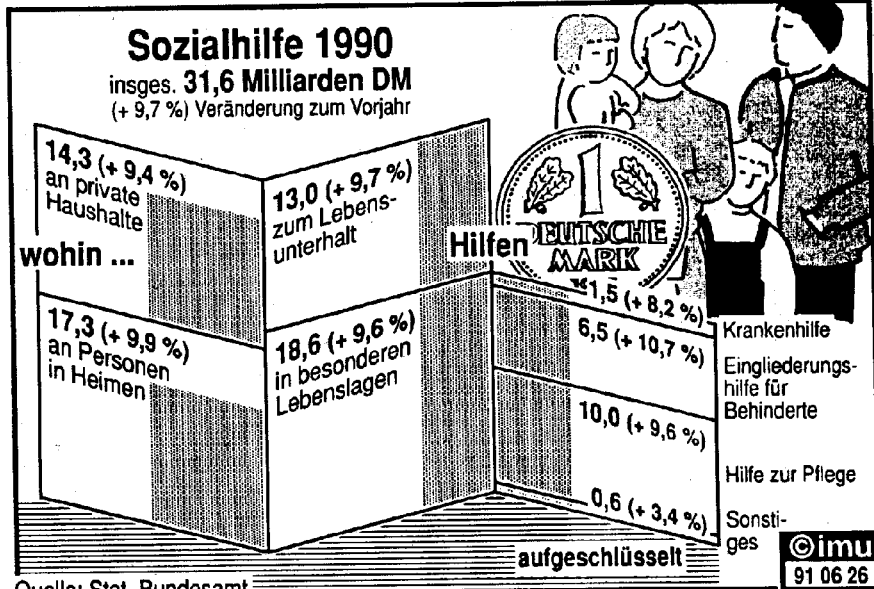
- f) Die Politiker müssen lernen, das soziale Netz als einen Teil der Ökonomie der Arbeitnehmer zu verstehen und zu respektieren. Es darf nicht länger machtpolitische und verteilungspolitische Manöveriermasse bleiben.

- g) Ein neues Soziales Netz darf nicht lägner ein Grund für Schwarzarbeit sein, muß das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber vereinfachen, darf nicht wie bisher in die Tarifautonomie und die Vertragsfreiheit zwischen Versicherer und

Versicherten eingreifen. Auch darf Moralien nicht länger als Steuerungsinstrument dienen.

- h) Das soziale Netz darf letztlich keine Menschen anlocken, die Leistungen aus dem Netz erwarten können, ohne vorher entsprechende Vorleistungen erbracht zu haben. (Solidarität mit Menschen, die ohne soziales Netz leben, kann dadurch erwiesen werden, daß ihnen geholfen wird, die rechtlichen und ökonomischen Voraussetzungen für ein eigenes Soziales Netz zu stricken. Auch kann niemand einer selbstverantworteten privatrechtlichen Versicherung verbieten, Nächstenliebe zu üben. Diese hat aber dann eine andere Qualität als eine vom Staat erzwungene.)

Ich kann nicht erkennen, daß ein staatlich gestricktes Soziales Netz diese Anforderungen erfüllen kann. Ich kann aber wohl erkennen, daß bei Zuwachs an Wohlstand die staatlich gesteuerten Zwangskollektive überwunden werden können. In einer nachkapitalistischen, also marktwirtschaftlichen Sozialordnung konkurrieren freiwillige Sozialabsicherungskollektive der Gewerkschaften, Kirchen und andere Gruppen untereinander und zusammen mit den heute sich noch kapitalistisch gebärdenden privatrechtlichen Versicherungen. ■



Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
31535 Neustadt  
20. 2. 1995

AOK Stadthagen  
z.Hd. Herrn Rolf Lanfermann  
  
31653 Stadthagen

„Pflege-versicherungs-police“  
-----

Sehr geehrter Herr Lanfermann,

es gibt Botschaften, die schon durch ihre Form ein Ärgernis sind. Auch wenn unser Krankenkassensystem außerhalb einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung steht, sind die AOKs doch einem gewissen Wettbewerb ausgesetzt. Ich habe daher durchaus Verständnis dafür, daß die AOKs sich ins Gespräch bringen möchten, wenn dazu die Gelegenheit ist. Werbung allgemein ist ja heutzutage eher Desinformation als Information. Schlimm wird die Werbung aber dann, wenn sie dem Bürger vortäuscht, der Gegenstand der Werbung sei ein Produkt seines freien Willens, aber faktisch nichts daran zu deuteln gibt, daß es sich um seine Unterwerfung (wenn auch für einen guten Zweck) handelt.

Es wäre einer Gesellschaft freier Bürger angemessen, wenn der Beitrags- und Leistungsumfang sowohl für den Krankheits- wie für den Pflegefall in einem Vertrag zwischen der AOK und ihren Kunden ausgehandelt würde. Die sogenannte Pflegeversicherung hat aber nichts mit einer Versicherung zu tun und die „Pflege-versicherungs-police“ ist keine Police, ist kein Vertrag. Ihre Mitteilung hätte also lauten müssen:

„Ab dem 1.1. 1995 sind Sie Bestandteil des neuen Zwangskollektivs 'Pflegeversicherung', die Kostenumlage wird von der Rente abgezogen. Ansprüche an das Zwangskollektiv müssen bei der Krankenkasse geltend gemacht werden, bei der Sie im Zeitpunkt der Pflegebedürftigkeit Mitglied sind.“

Ich unterstelle Ihnen nun gar keine böse Absicht, auch nicht die Absicht, der bewußten Täuschung. Wir leben jeden Tag mit soviel kleinen politischen Lügen, daß wir die große Lüge,

wir seien freie Bürger in einem freien Staat gar nicht mehr wahrnehmen. Wir können nicht einmal mehr behaupten wir würden in einem demokratischen Staat leben, denn die Verfassungsorgane Bundestag und Bundesregierung haben sich die Funktion des Verfassungsgebers angemaß und de facto dem Bürger den Status des Demokraten gestohlen. Das mag hart klingen, ist aber dennoch milde beurteilt.

Herr Lanfermann, ist es nicht merkwürdig, daß unser Sozialversicherungssystem, so wie es ist, sich gedanklich ohne Schwierigkeiten in monarchistische, nationalsozialistische oder stalinistische Systeme einfügen läßt? Es wäre also an der Zeit über ein Sozialversicherungssystem nachzudenken, daß unserem Ziel vom mündigen, selbstverantwortlichen und freien Bürger entspricht. Vergessen darf auch nicht werden, daß unser Sozialversicherungssystem in seiner Ausgangsbasis geschaffen wurde um dem Protest gegen den Kapitalismus die Spitze abzuberechen. Oder anders ausgedrückt: Unser heutiges Sozialversicherungssystem ist eine der beiden Beruhigungspillen von *Brot und Spiele*, mit denen schon zu Zeiten Roms der Masse die klare politische Sicht genommen wurde. Und die Formel vom *Sozialstaat* verdeckt nur, daß von den Sozialpolitikern (egal welcher Parteizugehörigkeit) eine antiemanzipatorische Politik betrieben wird und die sogenannten Wirtschaftspolitiker eine reale kapitalistische Ausbeutung fördern und dieses auch noch als Errungenschaft der westlichen Welt verkaufen. Hier spricht nun nicht ein verkappter Kommunist sondern ein überzeugter Marktwirtschaftler. Der Marktwirtschaft haben wir uns eine kurze Zeit nach dem zweiten Weltkrieg genähert. Aber schon seit Jahrzehnten entfernen wir uns in immer größeren Schritten von ihr. Irgendwann ist bei uns - wie in der untergegangenen DDR - der Punkt erreicht, wo der Spalt zwischen Leitbild und Realität nicht mehr von der Propaganda überbrückt werden kann. Und dann gibt es wieder viel abzuwickeln.

Warum schreiben ich Ihnen diese Zeilen? Die Lebenserfahrung zeigt doch, daß die meisten Funktionsträger in unserer Republik mit solchen Gedankengängen überfordert sind. Und da es keine Dienstanweisung gibt, wie in einem solchen Fall zu verfahren sei, ist der Papierkorb immer noch die beste Lösung dafür, so einen Brief vom Tisch zu bekommen.

Trotzdem gibt es Gründe dafür, einen solchen Brief zu schreiben und auch abzuschicken:

1. Wer empfundene Mißstände einfach schluckt und nur klagt, daß es einen wirklichen gesellschaftlichen Fortschritt nicht gäbe, gibt sich selber auf und hilft das zu fixieren, was er geändert haben möchte..

2. Jedes Gesellschaftssystem, ob faschistisch, stalinistisch oder auch demokratisch wird nach meiner Einsicht nicht so sehr von jenen Personen getragen, die in den Geschichtsbüchern genannt werden, sondern vielmehr von den vielen kleinen und mittleren Funktionsträgern. Ich denke aber, daß in dieser Schicht auch das Potential liegt, das eine gesellschaftliche Weiterentwicklung ermöglicht. Ich kenne keine empirisch-soziologische Studie darüber - insofern ist meine Annahme Spekulation -, aber wenn zu häufig Fach-Einsicht im Widerspruch kommt zu den politischen Vorgaben, dann muß es zum Widerstand kommen, erst vereinzelt bei den Mutigen oder bei denen, die glauben nichts zu verlieren zu haben, später ausufernd und dann in einer Stärke, die die politischen Meinung umprägt. Nun wäre es ja schön, wenn wir ein öffentliches Kommunikationswesen hätten, über die die Zweifler und Sucher erreicht werden könnten, damit sie sich untereinander verknüpfen und dadurch notwendige Änderungsprozesse beschleunigen könnten. Leider ist es nicht so. Obwohl bei uns unvorstellbare Mengen von Papier bedruckt werden, ob wohl die Radio- und Fernsehsender rund um die Uhr alles Mögliche und auch Unmögliches ausstrahlen, verhalten sich Verleger, Redakteure und Journalisten zu wesentlichen Fragen der Gesellschaft konservativ. Wenn ich nun diese Zeilen als Einzelbrief auf den Weg bringe und hoffe in Ihnen einen verständigen Leser zu finden, dann ist das so, als wenn ich beim Lotto einen Einsatz wage. Wenn schon nicht das Lotto, dann bringt mir vielleicht die AOK Stadthagen einen kleinen ideellen Gewinn.

3. Die schriftliche Fixierung von eigenen Gedanken zwingt einem zu präziserem Denken, weil sich bei niedergeschriebenen Gedanken Unsinn nicht so leicht zwischen sinnvollen Gedankengängen verstecken kann, wie dies der Fall ist, wenn die Gedanken nur im Kopf bewegt werden.

4. Ein Brief, der an eine Institution oder eine einem nicht bekannte Person gerichtet ist, kann auch der indirekten Verständigung unter Gleichgesinnten dienen. Der Informationswert erhöht sich natürlich, wenn vom Empfänger gleich eine Stellungnahme mitgeliefert werden kann. Dies ist also gleichzeitig die Bitte, so auf mein Schreiben zu reagieren, das es als Arbeitspapier zirkulieren kann. Ich vermute dabei, daß ein Brief von ihnen als Bürger aussagefähiger sein kann, wie eine Antwort von Ihnen als Geschäftsführer einer AOK. Die verflixte Police, die keine Police ist, löste diese Gedanken aus.

Sie dürfen, Kopien meines Schreibens im Hause, in dem Landes- und Bundesverband der AOKs zirkulieren lassen. Als Anlage füge ich meinen Beitrag *Die geplante Pflegeversicherung: ein ordnungspolitischer Pflegefall!* vom November 1991 bei.

Es grüßt einer, der vielleicht die neue Zwangswohltat in Anspruch nehmen muß

# Von geheimen Gesprächen will weder Moskau noch Berlin etwas wissen

VON MARIELE SCHULZE BERNDT

**Brüssel.** Je näher die Erweiterung der Europäischen Union rückt, desto dringender wird es für die EU-Kommission, heiße Eisen anzupacken. Die russische Exklave Kaliningrad ist so ein heißes Eisen. Denn das ehemalige ostpreußische Königsberg wird in einer erweiterten Union von EU-Mitgliedsstaaten umgeben sein. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist es geographisch von der Russischen Föderation getrennt, zu der die Provinz politisch gehört.

Wenn die Nachbarn Polen und Litauen in einigen Jahren EU-Mitgliedsstaaten werden, müssen die knapp eine Million Bürger von Kaliningrad durch die EU reisen, um nach Russland zu kommen. Dazu werden die russischen Staatsbürger neue Reisepässe und Transitvisa brauchen. Doch diese praktischen Probleme lassen sich aus Sicht der EU regeln. Komplizierter dürfte es werden, die politischen Empfindlichkeiten der verschiedenen Beteiligten zu berücksichtigen. EU-Kommissar Chris Patten hatte sich bemüht, zum Abschluss seines Moskau-Besuchs Ende letzter Woche klare Verhältnisse zu schaffen: Man habe sich darauf geeinigt, dass die EU stärker mit der Region Kaliningrad zusammenarbeite, sagte er. Doch es sei nicht beabsichtigt, der russischen Exklave den Status eines assoziierten Mitgliedlandes der EU zu geben. Dennoch bereitet eben diese Frage schon jetzt den Boden für „europafeindliche und deutschlandfeindliche Gerüchte“, so ein Sprecher der EU-Kommission. So schrieben der britische „Sunday Telegraph“ am Sonntag und die „Times“ gestern, Deutschland und Russland hätten bereits geheime Gespräche geführt. Verhandelt werden soll einseitig über die Zukunft Kaliningrads und andererseits über einen Schuldenerlass für Russland. Das ist offenbar eine Unterstellung. Sie war jedoch sowohl dem Bundeskanzleramt in Berlin als auch Moskau ein Dementi wert: „Die Region Kaliningrad ist ein unabtrennbarer Teil der Russischen Föderation. Sie kann nicht und wird auch nicht Teil eines Handels sein“, erklärte Außenamtssprecher Alexander Jakowenko gestern noch einmal. Auch er räumte jedoch Probleme ein, die sich aus der EU-Erweiterung für die Region ergeben könnten.

Aus Sicht der EU-Kommission liegen die größten Schwierigkeiten darin, dass sich die Umwandlung Kaliningrads von einem reinen Militärstandort in eine Region mit zivilen Strukturen nur sehr langsam vollzieht. Noch liegt dort die

russische Ostseeflotte. Noch melden Geheimdienste, dass dort taktische Nuklearwaffen stationiert sind. Die Kriminalität ist sehr hoch und strahlt in die angrenzenden Regionen aus. Umweltverschmutzung, Drogen- und Gesundheitsprobleme machen das Leben dort wenig attraktiv. Für die EU heißt das, dass Polen und Litauen auch die Außengrenzen nach Kaliningrad mit ihren 23 Grenzübergängen durch Pass und Zollkontrollen wirksam schützen müssen. Allerdings gibt es in Russland erhebliche Vorbehalte gegen die Einführung der Visapflicht für Russen, die nach Kaliningrad reisen wollen. EU-Kommissar

nen. Ein Handelsabkommen steht denn auch ganz oben auf der Tagesordnung für die Verhandlungen, die die Europäische Union mit Russland über Kaliningrad führen will. Sie sollen ab März im Rahmen des Partnerschafts- und Assoziationsabkommens zwischen der EU und Russland beginnen. Dabei wird die Idee, Kaliningrad zur Freihandelszone zu erklären, allerdings außen vor gelassen. „Kaliningrad ist nicht Hongkong. Es hat keine Kompetenz für Außenhandelsfragen“, erklärt Wiegand.

In den Verhandlungen solle vielmehr über die künftige Energieversorgung Kaliningrads und die Umweltprobleme der Region gesprochen werden. In Brüssel wird hier auch eine stärkere Anbindung an Westeuropa nicht ausgeschlossen. Die EU hat seit 1991 etwa 15 Millionen Euro für Verkehrs- und Infrastrukturprojekte in der Region ausgegeben. Weitere 15 Millionen Euro sind vorgemerkt. Mit ihnen sollen auch neue Grenzübergänge bezahlt werden und eine bessere Abfallbeseitigung und Gesundheitsvorsorge finanziert werden.

Auch der Ausbau des Kaliningrader Hafens steht an, zumal demnächst zwischen der EU und Russland besprochen werden soll, wie der Zugang zu den Fischbeständen geregelt werden soll und welche Folgen die Erweiterung für künftige Fischereiabkommen zwischen der EU und Russland hat. Sollte sich herausstellen, dass es ohne weitere Unterstützung nicht geht, könne auch über zusätzliche Hilfen gesprochen werden, so Wiegand.

Kommissar Patten sieht einen Erfolg seiner Moskau-Reise darin, dass es endlich einen verbindlichen Rahmen für Verhandlungen über die Zukunft Kaliningrads gibt. Klar wurde in Moskau, dass die Regierung der Russischen Föderation sich als Ansprechpartner für die EU sieht. Die Provinzregierung von Kaliningrad soll keineswegs der Ansprechpartner für EU und Nachbarstaaten sein. So entscheidet auch die russische Regierung darüber, ob der für den 15. Februar geplante Besuch von Patten, dem außenpolitischen Beauftragten des EU-Ministerrates, Javier Solana, und der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft im ehemaligen Königsberg zustande kommt.

Die schwedische Außenministerin Anna Lindh setzt sich jedenfalls sehr für die Beziehungen zu Kaliningrad und eine weitere Beschäftigung der EU-Außenminister mit der Kaliningrad-Strategie ein. Denn bevor die Verhandlungen mit Russland und Polen und Litauen beginnen können, müssen die EU-Außenminister sie noch absegnen.



Patten schlägt deshalb vor, Konsulate einzurichten, damit Visa ohne große bürokratische Probleme und gegen eine niedrige Gebühr ausgestellt werden können. Für häufig Reisende soll es Dauervisa geben. Möglicherweise seien auf die Dauer auch Regelungen denkbar, die dem kleinen Grenzverkehr zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz nahe kommen, erklärte gestern Pattens Sprecher Gunnar Wiegand.

Die EU-Kommission hat jedoch auch ein Rückübernahmeabkommen mit Russland im Auge, um Armutsflüchtlinge zurückschicken zu können. Um die Bewohner Kaliningrads auch in Zukunft aus Russland versorgen zu können, schlägt die Kommission einen zoll- und gebührenfreien Transit russischer Güter vor. Auch Güter, die von Kaliningrad nach Russland gebracht werden, sollen zollfrei transportiert werden kön-

**Betreff: Leserbrief**

**Datum:** Mon, 29 Jan 2001 14:00:19+0100 Von: Abromeit <Abromeit@T~online.de>

An: HAZ@madsack.de, vokieciuzinios@klaipeda.onmitel.net

Zu dem Bericht „**Von geheimen Gesprächen will weder Moskau noch Berlin etwas wissen**“,

HAZ, Blick in die Zeit, Ausgabe vom 24. 1. 01, S.3

Die Frage was aus Königsberg / Kaliningrad mit dem nördlichen Ostpreußen wird, kann sicher nicht auf dem Marktplatz geklärt werden, sie kann aber auch kein Gegenstand von Geheimverhandlungen sein, weil diese nur politisches Mißtrauen fördern würden. Mit den Fragen, wie die Annexion Ostpreußen und des Memellandes durch die ehemalige Sowjetunion und Polen völkerrechtlich zu beurteilen sind, braucht man sich nicht lange aufhalten, weil sie zu nichts führen (Man darf sie mit verweisen auf *Hitler* aber auch nicht tabuisieren.) Die wesentliche Frage ist, wie gestaltet man das nördliche Ostpreußen politisch so, daß von dieser Region eine friedens- und klulturfördernde Wirkung für seine Anlieger und Europa ausgeht und die auch Deutschen mit und ohne familiengeschichtliche Bindung zur Region ermöglicht, dort zu siedeln. Die Verhandlungen müssen im Bewußtsein geführt werden, daß die westliche Politik- und Ökonomieberatung, die der Westen Rußland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion angedeihen lassen hat, dumm, blind und in den Auswirkungen verbrecherisch war. Die neue Gestalt für das nördliche Ostpreußen muß gefunden werden zwischen den Zusammenbruch der Herrschaft des sowjetischen Bürokratismus, des aufkeimenden russischen Bürokratismus und dem expandierenden Herrschaftsanspruches des Eurobürokratismus. Litauen würde gerne sein Staatsgebiet auf das Kaliningradskaja Oblast ausweiten - vermutlich Polen auch. Rußland braucht dringend eine Entschuldung. Für Deutschland wäre ein Verzicht auf Geldforderungen gegenüber Rußland ohne Gegenleistung ein Programm zur Förderung rechter Tendenzen bei uns. Der Zukauf von geographischen Gebieten ist neben der Annexion in der Geschichte der Staaten nichts Ungewöhnliches. Von daher gesehen ist der Gedanke „Land gegen Schuldenerlaß“ nicht verwerflich. Weil aber ein Rückkauf von Nord-Ostpreußen, nicht die Interessen der dort heute lebenden Menschen berücksichtigt und wir dringend eine neue, humanere Gestaltungsebene in der Politik erreichen müssen, wäre der Freikauf des nördlichen Ostpreußens angemessen. Freikauf für wen? Für alle, die dort bleiben möchten und für alle Europäer, die sich dort niederlassen möchten. Es sei, daran erinnert, daß Ostpreußen zwar zu Deutschland gehört hat, aber in den vergangenen Jahrhunderten euro-



päisches Siedlungsgebiet war. (Die Vertreibung und Unterdrückung in den vierziger Jahren war nicht die erste.)

Der Vorteil einer solchen Lösung: Rußland könnte sich entschulden (evtl. auch gegenüber anderen westlichen Staaten) und gewönne ein kulturelles, wirtschaftliches und politisches Scharnier zur EU. Die Menschen in der Region gewönnen ihre politische Autonomie; sie könnten - abgesichert durch Garantieleistungen der EU - notwendige gesellschaftliche Experimente durchführen, zu der die alten EU-Staaten nicht in der Lage sind. Litauen oder alle baltischen Staaten könnten eine echte Föderation mit dem nördlichen Ostpreußen anstreben. Die Offenheit zu Polen wäre auf allen Gebieten leicht zu erreichen. Die BRD könnte zeigen, daß sie politisch dazu gelernt hat.

Aber wenn diese Überlegungen nur politische Träumereien bleiben sollten, dann sollte als Mindestziel gelten: Freier Zugang von und nach Rußland für Menschen und Waren zu dem Königsberger Gebiet über EU-Gebiet nur nach der Entmilitarisierung der Oblast Kaliningrad und freier Zugang von Menschen und Waren aus der EU dort hin.

Tristan Abromeit

Kopie an Deutsche Nachrichten für Litauen

1 von 1 29.01.01 14:01

(Von der HAZ wurde eine gekürzte Fassung veröffentlicht.)

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
D-31535 Neustadt  
Telefon 05036/578

Mardorf am Steinhuder Meer, 17. November 1994

Herrn  
Virgis Viningas  
Statybininkq 2a-27

Klaipeda  
Litauen

Lieber Virgis!

Über Deinen Brief vom 20. 10. 1994 und Dein Bild habe ich mich sehr gefreut. Ich wollte eigentlich umgehend antworten. Doch die vielen kleinen Alltagspflichten haben mich daran gehindert. Jetzt habe ich das Problem, daß ich den in meinem Kopf entstandenen Brief so komprimiere, daß er nicht mehr als zwei Seiten Text ergibt.

Merkwürdigkeiten:

1. Dein Bild, wenn es in irgendeiner Wohnung oder Galerie hängen würde, wäre es für mich wohl eines von vielen Eindrücken gewesen, die für einen Moment Bedeutung für einem haben, aber bald wieder vergessen sind. Unsere kurze Begegnung in Polanga und Deine Geste des Schenkens zwingen mich immer wieder das Bild anzuschauen. Mein Erfahrung ist, daß sich Orte, Landschaften und spezielle Künste am ehesten durch persönliche Begegnungen und Erlebnisse für einem erschließen.

Das dunkle Bild (Ist es ein Kupferstich?), das für mich die Geborgenheit, das Geheimnis und die Gefahr der Nacht ausdrückt, ist es für Dich das Haus LITAUEN, das ich selbst im August als hell, sonnig und zukunftssträchtig erlebt habe? (Mit der durch die Heimkehr wiedergewonnenen Distanz, sehe ich aber auch die große Gefahr, daß Litauen und seine Nachbarländer wesentliche Entwicklungschancen mangels eigener Klarsicht und täuschender Fremdinformation verpassen.)

2. Ich, der Kulturbanause finde mich plötzlich in der Rolle des Kulturförderers. Ich kann zwar schöne oder interessante Bilder und Musiken genießen, kann aber keinen Grashalm zeichnen, kein Gesicht malen, keine Note lesen, kein Instrument spielen und schon lange nicht ein Mu-

sikstück komponieren. Ich war ja nun auch gar nicht (mit Frau und Kindern) in die Heimat meines Vaters gefahren, um zu prüfen, ob es dort so etwas wie eine Kunstszene gibt und gefördert werden sollte.

Aber so wie ein Bildhauer einen Ausflug in die Landschaft macht, um einfach zu schauen was ist, und dann ganz nebenbei einen Ast oder einen Stein findet, der in ihm die Idee zu einer neuen Skulptur gebiert, so schaue auch ich ohne vordergründig Absicht und entdecke dabei Menschen mit ihren Fähigkeiten und Ideen und denke, die müßte man doch mit anderen Menschen in anderen Landschaften verbinden, die man schon vorher kennengelernt hat. Meistens bleibt das gottlob ein flüchtiger Gedanke. Denn würden wir all diesen Impulsen folgen, so würden wir uns total selbst überfordern. Aber die Begegnung mit Dir und anderen „Straßenkünstlern“ und mit dem Maler, der in der Universität Vilnius den Jubiläumsraum ausgemalt hat, ließen aus dem flüchtigen Impuls einen nachhaltigen werden. Um aber zu verdeutlichen, daß es mir bei meiner „künstlerischen Ader“ nicht nur um Kunst geht, ergänze ich den Gedankengang wie folgt:

Am Ostseestrand der kurischen Nehrung wären mein Sohn, andere und ich beinahe in der Brandung ertrunken. Dieser Vorgang produzierte eine Kette von Gedanken in mir. Ein Glied befaßte sich mit der nichtvorhandenen Wasserrettung. Aufgrund der verlassenen und zerstörten Rettungsstation konnte ich schließen, daß mit dem Umbruch der ehemalige Rettungsdienst zusammen gebrochen ist. Meine Überlegung war nun: Wenn die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft in Litauen eine Hilfe zum Aufbau einer neuen Lebensrettungsgesellschaft leistet, dann ist das ein völkerverbindender Gedanke, der LitauerInnen wieder einen Lebenssinn und Lebensunterhalt gibt und die möglichen deutschen Helfer dadurch beschenkt, daß sie einen wunderbaren Strand und aufgeschlossene Menschen erleben dürfen. Die ganze Maßnahme wäre gleichzeitig eine Stützungsmaßnahme des Fremdenverkehrs, der sich sicher (hoffentlich in kulturell und ökologisch angenehmen Formen) auch in Litauen entwickeln wird. Einwände? Ja die gibt es: Der Schriftsteller und Blindenlehrer in Klaipeda, Rimantas Cezniastas, formulierte es in etwa so: Wir Litauer haben genügend Überwachung gehabt. Jeder von uns soll für seine Sicherheit selbst verantwortlich sein. Diesen Gedanken kann ich gut nachvollziehen. Er entspricht meinem Lebensgefühl. 1957 bin ich z.B. mit einem Paddelboot (Faltboot) von Elisabethfehn (das liegt im Nordwesten Niedersachsens) nach Trelleborg in Schweden gepaddelt und gesegelt.

Ich bin einmal gestrandet und war mehrmals in gefährlichen Situationen und habe trotzdem ohne eine Rettungsweste an oder dabei zu haben, meinen Weg weiter verfolgt. Aber am Strand, wie auch an anderen gesellschaftlichen Orten gilt, daß wir unser Leben nur dann

optimieren können, wenn wir Zonen der geschützten , wie solche der unbegrenzten Freiheit schaffen. In einer Zone der geschützten Freiheit kann ich mehr genießen, weil ich weniger sichern muß als in einer Zone der unbegrenzten Freiheit. Aber auch in der Zone der unbegrenzten Freiheit ist die Solidarität in dem Sinne gefordert, daß eine Sensibilität und ein Mut zum Helfen entwickelt wird. Wir müssen lernen, richtig abzuschätzen, ob unsere Schwester unser Bruder in der Zone der vollen Freiheit Hilfe braucht, Hilfe annehmen will oder eventuell andere gefährdet und in seinem Tun gestoppt werden muß. (Der Strand ist hier nur noch ein Symbol für einen von vielen Lebensbereichen.) Ein anderer Einwand gegen die Idee der Wiederaufbauhilfe ist mir beim Lesen in der Zeitschrift „Memeler Dampfboot“ gekommen. In einem Bericht wurde eine Rettungsstation des DLRG auf der kurischen Nehrung beschrieben, als sie noch zu Deutschland gehörte. Ein Einsatz des DLRG heute könnte also den Eindruck erwecken, die Deutschen wollten mittels der Rettungsorganisation die kurische Nehrung zurückerobern. Vor einem Einsatz des DLRG in Litauen - wenn er je von dieser Gesellschaft gewollt und von den Litauern gewünscht wird - müßten erst klärende Gespräche geführt werden. Da ich mich selber nicht zersplittern will und meinem Engagement enge Grenzen gesetzt sind, habe ich ursprünglich vorgehabt, diese Gedanken in einem Zeitungsartikel unterzubringen. Es ist aber unterblieben.

3. Mein eigentliches Anliegen, das Aufzeigen und Erarbeiten von gesellschaftlichen Strukturen, in dem der Mensch frei und doch sozial geborgen sein kann macht mich aber doch noch zum Künstler, wenn man den Begriff Kunst im Sinne von Joseph Beuys erweitert und von der SOZIALEN PLASTIK, vom GESAMTKUNSTWERK ZUKÜNFTIGER GESELLSCHAFTSORDNUNG spricht. Das für diese Art Kunst in den vom Zentralismus befreiten Ländern Raum geschaffen wird, ist für deren Überleben wichtiger, als Mitgliedschaften in der Nato oder der Europäischen Union. In Litauen fühlte ich mich stark genug an einem oder mehreren Orten Ideenmärkte zu initiieren. Wieder zu Hause ohne das direkte Gespräch mit Litauern unterschiedlicher Herkunft und mit spärlicher Reaktion auf meine Post bin ich eher verzagt und kleinmütig.

(Nebenbei: Joseph Beuys bin ich zum erstenmal 1974 in Hannover begegnet. Nach einem Vortrag habe ich mit ihm und zwei oder drei anderen Personen in einer Wohnung diskutiert. Ich war völlig unbefangen, weil mir seine Bedeutung damals unbekannt war. Siehe auch Kopie der Einladung vom Februar 1974.)

Nun zu praktischen Dingen:

1. Beim Aufräumen fand ich im Magazin „Der Spiegel“ (27/93) den Artikel „Ansturm der Doppelgänger“, der sich mit Malern, Kopisten und dem Kunstmarkt befaßt. Ich denke er dürfte Dich interessieren.
2. Der Kunstverein Neustadt hat zu seiner Jubiläumsausstellung einen Katalog herausgegeben. Ich sende Dir ein Exemplar.
3. Das beigegefügte Plakat wirbt für den Kunstmarkt in Hannover (24.- 27. November).
4. In den beiden Ausschnitten aus der Leinezeitung vom 8. Nov. und 10. November erfährt man etwas über je eine Gemälde- und Kunsthandwerkausstellung in Neustadt (Neustadt besteht aus der alten Kreisstadt - heute Kernstadt - und aus über dreißig Dörfern..)
5. In der Anlage findest Du auch eine Visitenkarte von Esther Leger-Stier und die Adresse der Ateliergemeinschaft, Nordfelder Reihe 13, D-30159 Hannover, Telf. 0511/1316555. Hier empfiehlt sich eine direkte Kontaktaufnahme zwecks Ausstellungs-Kooperation, deren Gelingen wohl davon abhängt, ob die betreffenden Maler im Stil und in der Tendenz zusammenpassen.
6. Ich werde sowohl den Kunstverein Neustadt (am Rübenberge - Es gibt viele Neustädte in Deutschland, sie sind postalisch aber durch die Postleitzahl definiert, so daß in der Anschrift ergänzende Zusätze wegfallen können.) wie auch den Landkreis anschreiben, ob eine einseitige oder gegenseitig Ausstellung der Werke von Malern und Bildhauern seitens dieser Institutionen gefördert werden kann.

Noch etwas anderes: Als ich in Litauen war, erfuhr ich mehrmals, daß in Klaipeda eine Universität gegründet worden ist. Sowohl in Klaipeda wie auch in Vilnius konnte man mir aber nicht sagen, ob auch eine ökonomische Fakultät eingerichtet worden ist. Ich erhielt nun aber schon zweimal Post aus Klaipeda, in denen es hieß, daß Literatur zur Ökonomie, die ich auf dem Wege gebracht habe, an die ökonomische Fakultät weitergeben wurde. Kannst Du mir sagen, ob es eine ökonomische Abteilung der Universität Klaipeda schon gibt? Wenn ja bitte ich um eine Kontaktanschrift. Ich bitte auch nachzufragen, ob diese Fakultät - wenn sie besteht - Interesse hat an dem „Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ (Veröffentlichungen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg) und „Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie“, Veröffentlichung der Hochschule für Wirtschaft und Politik hat. Nennung der vorhandenen Ausgaben auf Anfrage. Es sind auch noch andere Reihen vorhanden. Ich habe die Bücher als Mitglied der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Hochschule für Wirtschaft und Politik erworben. Die Veröffentlichungen spiegeln nicht die Ökonomie wider, die ich vertrete. Sie spiegeln aber das sozialdemokra-

tische Verständnis von Ökonomie beziehungsweise von Sozialökonomie wider und das war bisher das beherrschende, auch in der Variation, wie sie die Christlich Demokratische Union betreibt. Politisch gestritten wird bei uns nicht um grundsätzlich verschiedene Positionen, sondern um Schattierungen. So wie eine neue Lehre von der Ökonomie in Litauen nicht einfach zentralverwaltungswirtschaftliches Gedankengut in Form des untergegangenen real existierenden Sozialismus aus den Büchern und dem Gedächtnis streichen kann, kann sie auch nicht übersehen, was bisher im Westen und im besonderen in der BRD gedacht und gelehrt wurde. Nachahmen von Bewährtem kann sich durchaus als sinnvoll erweisen. Haben nicht im Mittelalter Städte ausgebaute bewährte Rechtssysteme aus führenden anderen Städten übernommen. Mein Eindruck ist aber, daß westliche Berater östlichen Gestaltern von Sozialplastiken westliche Sozialplastiken zum Kopieren anbieten bis aufdrängen, die sich wiederholt als unbrauchbar erwiesen haben. Die Güte dieser Modelle besteht darin, daß sie weniger schlecht sind, als die „sozialistischen“ waren. Es geht bei diesen Dingen nicht um abgehobene Dinge, sondern um sehr Konkretes, zum Beispiel darum, ob die Altersrente oder das Monatsgehalt innerhalb eines Jahres aufgrund einer vermeidbaren Inflation um die Hälfte oder mehr reduziert wird.

Damit Du etwas in der Hand hast, wenn Du für mich einen Kontakt zur Universität knüpfen willst, sende ich Dir den Sonderdruck 3/94 von „Der Dritte Weg“ und die Ausgabe 2/94 von „Bündnis 2000“. In der erstgenannten Zeitschrift ist von mir der Artikel „Der Zins im Schatten des gesellschaftlichen Bewußtseins“ und in der zweiten der Artikel „Kann die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital durch Investivlohn das Verhältnis zwischen Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen ändern?“. Weiter füge ich je dreifach bei: „Vor einer Mutation unseres Wirtschaftssystems“ von Ernst Winkler und „Geld und Unsicherheit im Transformationsprozeß“ von Dirk Löhr (letzterer Beitrag auch in russischer Sprache.)

Zwei Seiten wollte ich Dir schreiben. Die dritte Seite ist voll. Ich mache Schluß. Die Anlagen kommen eventuell aus Portokostengründen gesondert. Vielleicht findest Du eine Möglichkeit nach Hannover zu fahren. Drei Tage könntest Du unser Gast sein.

Es grüßt Dich

*Tristan Abromeit*

„Wer ist Herr Erdmann?“

## Welche Hilfe benötigt Litauen?

Anmerkungen über die Art zu fragen und wie man auf der Fahrt zu einem

Altenstift in Oldenburg gedanklich im Memelland, in Litauen landet

von Tristan Abromeit

Ostern 1995 am Steinhuder Meer

Am vorigen Wochenende habe ich meine Schwägerin und meinen Bruder in Rastede besucht. Da meine Schwägerin noch einen Arbeitseinsatz in einem Altenheim in Oldenburg zu leisten hatte, haben wir sie gemeinsam mit einem PKW dort hingefahren. Während der Fahrt kam die Sprache auf unseren Familienurlaub im vorigen August in Litauen und besonders im Memelland, der Heimat unseres verstorbenen Vaters, der seit Ende der zwanziger Jahre im Oldenburgischen ansässig war.

Die Ausgangsfrage war, ob ich denn inzwischen die schriftlichen Erläuterungen zu den Lichtbildern, die im Litauenurlaub entstanden sind, angefertigt hätte. Die Folgefrage war, ob ich nicht einen Bericht für das „Memeler Dampfboot“ (MD) schreiben wolle, eine Bewohnerin des Altenstiftes, die Kontakt zum MD hat, hätte gesagt, daß die Redaktion solche Beiträge suchen würde. Es folgte ein Besuch bei dieser alten Dame, die mit lebhaften Augen die Besucher musterte und offensichtlich regen Anteil an dem nimmt, was im MD berichtet wird. Mein Bruder drückte mir dann später zwei Ausgaben des MD (Nr. 2 und 3 aus 95) in die Hand. Ich habe die Ausgaben dann nach der Rückkehr zu Hause gleich gelesen. Es war für mich eine Aktivierung des Themas Memelland, Litauen, Baltikum und Nordostpreußen, das mich im und nach dem Urlaub im vorigen Jahr stark beschäftigt hat, aber durch andere Aufgaben in den Hintergrund gedrängt worden war.

Das MD hat den Untertitel „Die Heimatzeitung aller Memelländer“ Die Frage, die mir kam, war: Sind damit alle ehemaligen Memelländer gemeint, oder meint man damit sowohl die „Ehemaligen“ wie auch die heutigen Bewohner, bei denen die deutschstämmigen ja nur eine kleine Minderheit sind? Wenn ich vom gelesenen Inhalt her schließe, dann sind wohl nur die ehemaligen Memelländer gemeint. Dies ist eigentlich schade, denn dies würde bedeuteten,

daß das Memelländer Dampfboot nicht mehr den Wandel zum Memelländer Tragflügelboot oder - ökologisch gedacht - zum Solarboot schafft und ein Museumsgegenstand wird, wie das reale Dampfboot.

Aber vorerst sind die Darstellungen der geschichtlichen Abläufe des Krieges und der Vertreibung, der kulturellen, ökonomischen und politischen Abläufe vor, während und nach der Hitlerzeit wichtig, wenn sie nicht nur aus der Sicht der Deutschen oder einer deutschen politischen Einstellung entstehen. Ich selber konnte feststellen, daß eben nicht nur die geliebten, die geflüchteten und vertriebenen Deutschen ein schweres Schicksal zu tragen hatten, sondern auch die Litauer, die Russen und die Usbeken, Polen und Teile anderer Völker, die dort heute ansässig sind. Nach meinem Empfinden haben wir heutigen Deutschen aber immer noch nicht die rechte Form gefunden, mit unserer schuldhaften politischen Vergangenheit umzugehen. Es bringt uns und unsere Nachbarn nicht weiter, wenn wir die Schuld der Deutschen in den 30er und 40er Jahren leugnen oder verharmlosen und am liebsten das Rad der Geschichte zurückdrehen möchten, um Deutschland wieder in den Grenzen von 1937 entstehen zu lassen. Es bringt uns aber ebenfalls nicht weiter, wenn wir heutigen Deutschen unsere geschichtliche Schuld als eine Art neuer Religion kultivieren und jegliche Relation zur Schuld anderer Völker der westlichen Welt als politisch strafbaren Sakrileg hinstellen. Schuld wird nur im Vergleich begreifbar. Eine Schuld, die nicht relativiert werden darf, wird unendlich groß und muß aus lebenserhaltenden Gründen (im psychischen Sinne) geleugnet werden. Real gesehen ist aber die Geschichte der Menschheit ein Folge von individuellen und gesellschaftlichen Katastrophen, und die Nazi-Untaten sind so gesehen nur ein einsamer Gipfel in einer zerklüfteten Landschaft menschlicher Grausamkeiten. Dies ist kein Trost für jene, deren Angehörige durch den Naziterror umgekommen sind. Es ist aber auch kein Trost für Deutsche, denen erhebliches Leid von den ehemaligen Kriegsgegnern zu geführt wurde, wenn ihr Leid als ein selbstverschuldetes in dem Sinne hingestellt wird, daß sie ja nicht aktiv das Nazi-Regime verhindert, sondern es eher passiv oder aktiv gefördert hätten. Anstatt darüber zu streiten, ob die Kapitulation Deutschlands am 8. Mai vor 50 Jahren ein Tag der Befreiung oder ein Tag der Niederlage war, sollte endlich intensiver gefragt werden, wie überhaupt Kriege entstehen können, wie sich menschen- und freiheitsfeindliche Regime etablieren können und welche Schuld die Demokraten vor und nach dem zweiten Weltkrieg auf sich geladen haben. Hitler ist nicht vom Himmel gefallen und kam auch nicht zur Macht, weil bei den Deutschen das Böse stärker in den Genen verankert ist als bei den Menschen anderer Völker. Und ob der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung war oder nicht, wurde von Deutschen und Menschen



anderer Völker individuell unterschiedlich erlebt. Die meisten Menschen waren sicher froh, daß das Ende mit Schrecken gekommen war und sie nicht mehr den Schrecken ohne Ende ertragen mußten. Vergessen darf aber auch nicht werden, daß mit dem 8. Mai für viele Deutsche und Nichtdeutsche der Schrecken erst richtig begann.

Ich selber bin an der europäischen Region Baltikum einschließlich des nördlichen Ostpreußens mehr der Zukunft zugewandt interessiert. Die Frage ist: Wie können die Menschen in dieser Region mit unterschiedlicher nationaler Identität und Sprache in gegenseitiger Achtung, in Freiheit und im seelischen und materiellen Wohlstand leben? Um hier zu Antworten zu kommen, können wir die Geschichte nicht ignorieren. Unsere Antwort kann aber nicht lauten: „Export oder Übertragung unserer gesellschaftlichen Strukturen ins Baltikum und andere Regionen der Welt!“ Wir würden uns dann benehmen wie ein Kaufmann, der versucht, durch schöne Worte und dem Auge schmeichelnde Verpackung zu verbergen, daß seine Ware faul ist. Wie kann, was sich bei uns als falsch oder problematisch erwiesen hat, in einem anderen Land als richtig gelten? Wir haben bei uns schon lange den Weg verlassen, der zur Vertiefung der Demokratie, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit führt. Wenn wir uns also den Menschen und Institutionen in den von uns ausgesenen östlichen Gesellschaften zuwenden, dann bitte nicht als die unfehlbaren Macher, sondern als solche Ratgeber, die helfen wollen, daß vermeidbare eigene Fehler an anderen Orten nicht wiederholt werden. Der Westen insgesamt und die Deutschen der Alt-BRD insbesondere haben den geschichtlichen Zeitpunkt seines bzw. ihres Wandels verschlafen. Den bestgeeigneten Zeitpunkt eines politisch-gesellschaftlichen Wandels kann verschlafen werden; aber die Notwendigkeit des Wandels kann nicht durch einen zeitweisen gesellschaftlichen Schlaf aufgehoben werden. Wenn unsere östlichen Nachbarn gesellschaftlich-strukturell etwas entwickeln, das über den Status quo der westlichen Gesellschaft hinausgeht, dann wäre das im Gegensatz zu einer Installation einer Kopie unserer Unzulänglichkeiten ein wirklicher Fortschritt und eine Entwicklungshilfe für den Westen, eine Hilfe für uns.

Auch wenn man der Meinung ist, daß die heutigen altbundesrepublikanischen Generationen nicht besser sind als jene, in deren Verantwortungszeit Deutschland soviel Schuld auf sich geladen hat, daß sie eben nur das Glück haben, in einer besseren Zeit zu leben, ist es nicht angebracht, nur skeptisch oder abwertend von den heutigen Generationen zu sprechen. Wenn z.B. die Deutschen sich zunehmend einer als maßlos und ungerecht angesehenen Steuergesetzgebung entziehen, dann ist das durchaus positiv zu bewerten. Ein Gespür dafür, wann die not-

wendige Institution Staat zum Monster, zum Leviathan wird, ist im Gegensatz zur Nazi-Zeit durchaus vorhanden, wenn auch noch zu wenigen klar ist, daß der Staat den Bürgern nur geben kann, was er ihnen vorher weggenommen hat (minius Umverteilungskosten). Aber der deutsche Bürger ist -unabhängig von seiner parteipolitischen Prägung – ein widersprüchliches Wesen. Ohne es zu merken oder zu protestieren, ließ es sich durch die westdeutsch dominierte Nomenklatura der Macht das Recht der Verfassungsgebung stehlen, aber aus Bayern wird gemeldet, daß sich innerhalb von zwei Wochen 1,2 Millionen Menschen in Listen für ein Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern“ eingetragen haben. Die Verweigerungshaltung gegenüber Gesetzen und Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen hat ihre Ursache und ihr Gutes. Denn die festzustellende Verweigerungshaltung gegenüber überkommenen Institutionen aufgrund ihrer Leistungsschwäche und / oder Anmaßung ist ja weniger ein Zeichen der Resignation als vielmehr die Entdeckung der Eigenverantwortlichkeit und der Eigeninitiative. Es könnte ja nicht über die vielen Hilfsaktionen der Deutschen (Neu- und Altbundesrepublikaner) berichtet werden, wenn es diese vielen privaten Hilfsaktionen nicht gäbe. Ich habe selber erlebt, wie eine nahe Verwandte, die ihr bisheriges Leben völlig auf die Familie ausgerichtet hatte, sich eines Tages dessen bewußt wurde, daß sie ganz persönlich etwas gegen das Elend der Menschen in Bosnien tun müßte und dabei Fähigkeiten entwickelte, die vorher nicht bei ihr zu beobachten waren. So oder so ähnlich sind ja viele Hilfsaktionen entstanden oder entstehen neue. Der Bericht „Trecker für Rucken“ im DB 2/1995 untermauert diese Aussage. Meistens folgt dem individuellen Hilfsimpuls die Bildung einer losen Gruppe von Personen, die sich im begrenzten Umfang die Hilfsaktion zu eigen macht. Manchmal werden auch festere und dauerhaftere Strukturen z.B. in der Form eines eingetragenen Vereines gebildet. Die Ausführung der Hilfe am Einsatzort hängt wohl meist von bereits vorhandenen Kontakten und auch von Zufällen ab. Wenn die Helfer erleben, daß Hilfsgüter im begrenzten Umfang verschoben oder gestohlen werden oder aufgrund kriegerischer Handlungen verderben, dann wird das nach meiner Einschätzung bittere Gefühle bei den deutschen Helfern erzeugen, ihnen aber nicht den Mut zum Weitermachen nehmen. Wenn aber in einem Empfängerland ein Verein auftreten würde, mit dem Anspruch auf ein Monopol für Verteilung und Zuteilung der Hilfsgüter, dann müßte er - wenn es publik würde - sicher mit den Widerstand der deutschen Helfer rechnen.

Ich bin damit beim Haupttitel meines Beitrages, der eine zitierte Überschrift aus dem MD 3/95 ist. In der Rubrik Leserbriefe schreibt Helmut Vaskaitis, Heydekrug: „Eine Anfrage der deutschen Verbände 'Memel' und 'Heide' in Litauen: Wer ist Erdmann?“ Den Ausführungen

von Vaskaitis ist direkt oder indirekt zu entnehmen, daß da ein Mensch aus dem Westen auftaucht und Hilfe anbietet, ohne den Kontakt zu Mitgliedern der genannten Vereine aufzunehmen. Unbewußt herrscht bei dem Briefschreiber und seinen Verbandsmitgliedern wohl das Gefühl, daß die Verbände Memel und Heide aus der Konkursmasse der sowjetischen litauischen Republik das Monopol der Zuständigkeit für die Westhilfe erworben haben. Das muß überhaupt kein böser Wille sein. Es ist aber in jedem Fall ein Mißverständnis von privat initiierte Hilfe und vom Wesen freier Vereinigungen. Eine Zuständigkeit für die Verteilung von Hilfe im Memelland müssen die Verbände sich durch ständige Kompetenz und Fingerspitzengefühl und Gerechtigkeit bei der Verteilung der Hilfsgüter erwerben. Und dies ist nicht leicht, wenn die Hilfeleistung geringer ist als die Hilfsbedürftigkeit und wenn Kenntnisse über Motivation und Struktur der deutschen Hilfe nicht vorhanden sind. Daß es Klagen über die memelländische Verteilung der deutschen Hilfe gibt, beweist der Leserbrief von Willi Jaguttis in der gleichen Ausgabe des MD. Das Recht, Fragen zu stellen, dient der Sicherung der Freiheit und des Fortschrittes. Wir können aber sehr unterschiedlich fragen: naiv-neugierig, forschend-wißbegierig, mitteilssam, teilnehmend, insistierend, denunziatorisch, revierverteidigend usw.. Nach meinem Empfinden fragt Helmut Vaskaitis in einer unangenehmen Weise. Damit dieser Eindruck aber korrigiert werden kann, frage ich: Wer ist Helmut Vaskaitis. Er sollte im MD vorgestellt werden, denn es könnte ja sein, daß er und seine Vereinsmitglieder starke und helfende Hände am Haß für die Helfer aus Deutschland sind.

Wer nun Herr Erdmann ist, weiß ich auch nicht oder nicht genau. Ich erinnerte mich beim Lesen des Briefes von Vaskaitis, daß mir meine jüngere Schwester (Die im Kreis Cloppenburg wohnt) Ausschnitte aus dem Ammerländer Kurier zugesandt hat, in denen über Hilfsaktionen für das Memelland berichtet wird und für Unterstützung einer neuen Aktion geworben wird. Diese Hilfsaktionen werden nach dem Zeitungsbericht von einem Walter Erdmann geleitet, der Ortsbeauftragter des Technischen Hilfswerkes ist. Der MD kann sich ja beim Ammerländer Kurier nach dem neuesten Stand der Hilfsaktion erkundigen und darüber berichten.

Anmerken möchte ich noch, daß schon in der Bibel zu lesen ist, daß das Geben seliger macht als das Nehmen. Das besagt, daß die Person oder Organisation, die schenkt sich auch selbst beschenkt. Aber es ist auch so, daß das Instrument Schenkung sensibel gehandhabt werden muß, damit der Beschenkte nicht in die Rolle des Bettlers hineinrutscht.

Schenkungen haben aber auch eine problematische ökonomische Seite. Ihre Wirkung in afrikanischen Ländern wurde häufig beschrieben. Die Schenkung z.B. von Getreide aus Beständen der EWG - die bei uns die Kosten der Lagerung für Überschüsse minderte und für die Hungernden für eine kurze Zeit die Lebensrettung bedeutete - hat in den Empfängerländern häufig die restliche Selbstversorgung zerstört, weil die Bauern das selbstangebaute Getreide nicht mehr zu einem kostendeckenden Preis verkaufen konnten. Private Schenkungen, die in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Bereich hinein getätigt werden, sind Subventionen, die im Einzelfall Gutes bewirken können, aber generell einen nicht kalkulierbaren Eingriff in eine gegebene Wettbewerbssituation darstellen, die z.B. einen Konkurrenten des Geholfenen in den Konkurs treiben können. Wenn z. B. für Spenden zum Aufbau einer Bäckerei geworben wird, dann sollte auch gesagt werden, in wessen Eigentum die Bäckerei übergeht, und es sollte sichergestellt werden, daß parallel dazu ein regionaler genossenschaftlicher Hilfsfond zur Förderung der örtlichen Wirtschaft gebildet wird, in den von den unterstützten Gewerbebetrieben wenigstens ein Teil der empfangenen Hilfe als Rückzahlung eingebracht wird, sobald sie nach der Startphase oder der Umstellung schwarze Zahlen schreiben.

Die bewegt geschriebenen Berichte über die Begegnung mit der eigenen alten Heimat oder der Heimat der Eltern machen - gemessen an eigenen Eindrücken - den Lesern nichts vor. Ich selber war bis zu unserer Familienreise im vorigen Jahr nur einmal vor dem Krieg als Kleinkind auf Besuch bei der Großmutter in Heydekrug gewesen. Mein Herz schlug aber trotzdem höher in einer sich weitfühlenden Brust. Ich fühlte mich stark, obwohl ein Sohn und ich beinahe in der Brandung auf der Nehrung ertrunken wären und wir auf der Autobahn eine lebensgefährliche Situation erlebt haben. Mich hat aber nicht nur Klaipeda beeindruckt, sondern auch Kaunas, Trakai, Vilnius und Polanga. Und wenn ich die erlebten Landschaften in einer Skala bewerten sollte, würde mir das schwer fallen, denn die Nehrung, die Memel und die Seen um Trakai müßten alle den ersten Rang einnehmen. Auch wenn wir uns bewußt machen, daß unsere starken Eindrücke von Litauen und anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks auch dadurch zustande kommen, daß uns lange verschlossene Regionen (landschaftliche und kulturelle Schatz-Kammern) geöffnet wurden und der Reiz des Neuen noch wirkt, ist festzuhalten: „Der neue baltische Staat Litauen ist nicht nur Heimattouristen eine Reise wert.“ (Horst Meyer und Gert Baltzer)

Um sich ein realistisches Bild von einer anderen Gesellschaft zu machen, reicht ein Urlaub natürlich nicht aus. Wir wissen, wie schwer es ist, die komplexen Vorgänge und Strukturen

der eigenen Gesellschaft zu durchdringen, obwohl wir selbst Jahrzehnte darin zu Hause sind und Mitwirker waren. Aber so wie es starke individuelle Ausprägungen bei den Menschen gibt, die ihre Einzigartigkeit ausmachen, so gibt es doch überindividuelle Gemeinsamkeiten mit dem Charakter von Naturgesetzen. Ich denke, daß dieses auch so bei den Gesellschaften ist. Wenn wir uns also erkenntnistmäßig einer anderen Gesellschaft nähern, brauchen wir nicht bei Null anfangen, sondern können das, was wir über die eigene Gesellschaft in Erfahrung gebracht haben, als Rüstzeug für unsere neuen Erkundungsreisen einbringen. Und das, was andere über das Baltikum und seine Teile beobachtend niedergeschrieben und gedacht haben, das können wir auch zu Hause nachlesen.

Hilfe für Menschen in einem anderen Land, die über eine momentane und spontane Hilfe hinausgehen soll, muß bei den Grundstrukturen aller Gesellschaften ansetzen. Der untergegangene marxistische Zentralismus, hinter dem im Ursprung ein humanistischer politischer Wille stand und der am Ende ein tödliches Gefängnis war, konnte sich ja nicht deshalb etablieren, weil die Menschen übermütig waren, sondern weil sie sich eine Besserung ihrer sozialökonomischen Lage davon versprachen. Die Denkfehler des marxistischen Zentralismus waren auch schon zum Beginn des politischen Großexperimentess bekannt, das ja nicht weniger grausam war als das nationalsozialistische. Aber die Kritiker, die einen freien Sozialismus - also eine Problemlösung ohne Terror und bei Wahrung der Menschenrechte - wollten, konnten sich in der Masse nicht genügend Gehör verschaffen. Das Scheitern des Leninismus-Marxismus bedeutet nun ja nicht, daß der Kapitalismus gesiegt hat, sondern daß ihm sein Gegner (realistisch als Staatskapitalismus beschrieben) abhanden gekommen ist. Die alten gesellschaftlichen Probleme sind geblieben. Bei uns werden sie durch das relativ hohe Wohlstandsniveau auch der Armen häufig verdeckt. Wenn wir nun bei uns, in Litauen oder anderswo neue und bessere Gesellschaftsstrukturen entwickeln wollen, dann sind wir gezwungen, wieder nach den Ursachen von Armut, Arbeitslosigkeit und destruktiver Aggression fragen. Bei uns in der Bundesrepublik wird aber nicht offen gefragt, sondern parteipolitisch argumentiert. Diese Art Agrumentation ist nicht wahrhaft an Lösungen interessiert, sondern an Machterhalt und -Zuwachs.

Die Lösung der Grundprobleme der heutigen Gesellschaften sind zwar komplex, aber im Ansatz einfach: Wohlstand und soziale Sicherheit ohne Freiheit ist ein Gefängnis erster Klasse. Freiheit und Wohlstand läßt sich nur in dezentralen Strukturen herstellen. Dezentralität und eine erforderliche effektive Ökonomie lassen sich nur mit marktwirtschaftlichen Prinzipien

realisieren. Marktwirtschaft und ökologische Belange lassen sich bei einem richtig formulierten Datenkranz durchaus unter einen Hut bringen. Warum haben wir dann trotzdem so viele sozialökonomische und ökologische Probleme? Weil wir keine Marktwirtschaft haben! Was haben wir dann? Einen klassischen Kapitalismus, der die reale Marktwirtschaft geschickt überlagert und die Idee Marktwirtschaft deformiert hat. Sind die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht Synonyme? In der politischen Umgangssprache sind sie es; denn so wird jeder Verteidiger der Marktwirtschaft ein Verteidiger des Kapitalismus. Ehrlich und sauber (ich sage nicht wissenschaftlich, weil auch hier geschludert wird) gedacht, haben die Begriffe sehr unterschiedliche Inhalte. Der Kapitalismus ist die Möglichkeit, aufgrund von natürlichen und künstlichen Monopolen und Privilegien zu Einkommen ohne Arbeit zu kommen. Diese Möglichkeit ist nicht im individuellen ("bösen") Willen verankert, sondern strukturell oder institutionell. Das Prinzip wirkt auch dann, wenn nicht nur eine Minderheit, sondern auch die Gesamtgesellschaft zu Grunde geht. Die Marktwirtschaft ist dagegen eine Möglichkeit des Leistungs- und Güteraustausches, die dezentral funktioniert und ohne zentralistische Weisungen auskommt. In der Zentralverwaltungswirtschaft ist der Befehl das wesentlichste Lenkungsinstrument, hingegen in der Marktwirtschaft der Vertrag. Die Marktwirtschaft ist also ein freiheitliches System der wirtschaftlichen Koordination und Kooperation. Wettbewerb, freier Zugang zu den Märkten, freie Preisgestaltung und Interessenausgleich sind Definitionsmerkmale von Marktwirtschaft. Wenn die Aussage: „Die Marktwirtschaft ist in sich sozial.“ von der politischen Linken als rechtes Geschwafel bezeichnet wird, dann beweist das nur, wie wenig das Prinzip Marktwirtschaft in einem Land, wo sie angeblich zu Hause ist, bisher von den Trägern öffentlicher Meinung durchdacht wurde.

Drei Wochen in Litauen, das ist für die Erfassung auch einer eingegrenzten gesellschaftlichen Wirklichkeit eine zu geringe Zeit. Ich habe aber trotzdem genug an Aufbauwillen und Entwicklungsmöglichkeiten gesehen. Ich habe viel Armut gesehen, aber auch Anzeichen von relativem Reichtum. Ich bin mehrfach auf die irriige Annahme gestoßen, weil man jetzt ein Parlament habe, seien die Weichen in eine bessere Zukunft gestellt. (Wir hatten Weimar, und es folgte Hitler.) Auch bin ich auf ein Mißverständnis von Demokratie gestoßen, das davon ausgeht, daß dem Einzelnen mit der Wahl eines Abgeordneten das eigene Nachdenken über die Gestalt der Gesellschaft abgenommen wird. Als schlimm empfand ich auch die Situation, daß bei dem täglichen Kampf um die Grundversorgung wohl nur noch wenige Litauer in der Lage sind, über ihre eigenen unmittelbaren Bedürfnisse hinaus zudenken. Diese Situation wird noch dadurch verschärft, daß das geringe Einkommen ständig durch eine vermeidbare hohe

Inflationsrate entwertet wird. Und wenn Handwerker, Lehrer und Ingenieure ihre eigentliche Arbeit ruhen lassen müssen oder keinen Arbeitsplatz finden, der sie und ihre Familien ernährt, was sie dann in den Handel mit irgendwelchen Produkten flüchten läßt, dann ist das eine volkswirtschaftliche Verschwendung von Fähigkeiten, die möglichst bald überwunden werden sollte. Der Handel hat in der Wirtschaft eine wichtige Funktion, schafft aber selbst keine Werte.

Eine Demokratie kann sich auf Dauer nur halten und entwickeln auf der Basis einer blühenden und stabilen Wirtschaft, die die Gesellschaft nicht in Arme und Reiche spaltet. Eine stabile Wirtschaft ist nur zu haben mit klaren Rahmenbedingungen und einer funktionsgerechten Währungsverfassung. Eine funktionsgerechte Währungsverfassung gewinnt man nicht dadurch, daß man - wie im Fall der Eurowährung - versucht, die mangelhaften Nationalwährungen zu addieren, sondern dadurch, daß man die Währungsprobleme analytisch durchdringt und vor allem die bereits vorhandenen Erkenntnisse konsequent anwendet.

Auch als ich in Litauen war, konnte ich nicht vergessen, daß eigentlich die ganze Welt in Unordnung ist. Hunger, Elend, Krieg, Flucht und Vertreibung gibt es an so vielen Plätzen, daß man bei der Betrachtung der Vorgänge und Verhältnisse trübsinnig werden kann. Es ist in einer solchen Situation sicher lebensklug, die eigene Hilfe - wenn man überhaupt helfen kann - nach persönlichen Neigungen auf einen Punkt dieser Erde zu konzentrieren. Ich schätze, daß es in Deutschland am schwersten ist, private Hilfe für die Obdachlosen und Alkoholiker zu mobilisieren. Denn das subjektive Empfinden der meisten Menschen geht wohl dahin, daß sich diese Leute selbst in ihre Situation gebracht haben, und daß für deren Probleme der Staat zuständig sei. Als ich in Litauen war, hatte sich in mir ein Gewißheit gebendes Gefühl festgesetzt, daß ich meine bescheidenen Möglichkeiten zur Förderung von Litauen, vom Baltikum einsetzen sollte. Die Motive dazu sind sicher vielfältig. Daß die familiären Wurzeln väterlicherseits in Ostpreußen, dem Memelland und vermutlich auch in Litauen liegen, ist nur ein Aspekt. Die Landschaft spielt dabei eine Rolle und die Menschen, denen ich begegnet bin. Keine Rolle spielt eine Abneigung gegen die Russen, denn die ist bei mir nicht vorhanden. Aber wichtig ist nach meiner Einsicht, daß wir die kleinen Staaten stärken müssen, damit die großen nicht zu arrogant und frech werden können. Wichtig ist in meiner Motivationskette die Einsicht, daß sich bei uns gesellschaftlich nichts bewegt (Die Vereinigung von DDR und BRD ist ja kein Verdienst der Alt-BRD.) und jeder Versuch einer offenen Diskussion unserer Probleme sich bald parteipolitisch oder ideologisch verfranst. In einer Gesellschaft, die im

Um- und Aufbruch ist, wo alte Festlegungen keine Gültigkeit mehr haben und die Suche nach neuen Wegen überlebensnotwendig ist, ist die Chance, eigene Vorstellungen von gesellschaftlicher Struktur einzubringen, wesentlich größer als in unserer, wo vorwiegend das Falsche konserviert ist und wird. Ich habe für mich überlegt, was Litauen (das Baltikum) am dringendsten braucht, um sich selbst helfen zu können. Es sind ja keine erfreulichen Aussichten Abhängigkeiten von den Russen zu reduzieren oder abzuschütteln, aber gleich durch neue Abhängigkeiten von westlichen Geberländern gebunden zu werden. Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß es Orte sind, an denen das offene, informative Gespräch über die erforderliche Grundstruktur für eine blühende Region möglich ist, und andere Orte, an denen erforderliche handwerkliche, landwirtschaftliche, , kaufmannische und andere Fähigkeiten erworben und erweitert werden können. Die Orte der ersten Kategorie kann mit unseren Begriffen „Stätte der Begegnung“, „Heimvolkshochschule“, „Akademie“ (der Erwachsenenbildung der Kirchen und der politischen Stiftungen) oder auch als „Zukunftswerkstatt“ umschreiben. Hier müßte über Partei-, Konfessions- und Schichtgrenzen hinweg über die Bedingungen für eine dezentrate, marktwirtschaftliche Ordnung nachgedacht werden. Wie ist ein wirklich freies Bildungswesen zu erreichen, wie sieht ein zukunflträchtiges selbstverantwortetes soziale Sicherungsnetz aus? Was kann ein konsequenter Föderalismus leisten, der nicht nur staatsrechtlich sondern schwerpunktmäßig privatrechtlich begründet wird? Welche Unternehmensformen und welche Beteiligungsformen für die Belegschaften leisten was? Welche Bedeutung haben die freien Genossenschaften in einer Region, die nur Erfahrungen mit Zwangsgenossenschaften hat? Es gibt noch viele Fragen, die zu klären und zu beantworten sind. Die Orte der zweiten Kategorie können wir umschreiben mit den Begriffen „Berufsbü-dungsstätte“, „Berufsfachschule“, „überbetriebliche Ausbildungsstätte“ oder „Trainingslager für berufliche Fertigkeiten“. (Ich denke dabei konkret an die Zimmerleute, die z.Zt. in der hiesigen Jugendherberge einquartiert sind und ihre Fähigkeiten durch den gemeinschaftlichen Bau eines Bootshauses für die Jugendherberge erweitern. Koppelung von Theorie und Praxis.) Man kann aber auch den Titel meiner Schrift zur Berufsbildung von 1982 als Bezeichnung wählen, nämlich „Die freie Berufs-Bildungs-Assoziation“. Ich habe in Litauen gedacht: Wenn Du nach Hause kommst, trommelst Du für je ein Modellprojekt der Erwachsenen- und der Berufsbildung Leute zusammen. Als mögliche Förderer sah ich einmal die ehemaligen Memel-länder und die freien Genossenschaften. Bei „Förderung“ habe ich nicht nur an Geld gedacht, sondern auch an praktische Einsätze von Ausbildern, an Werkzeuge und Maschinen. Dann habe ich noch überlegt, ob man zusätzliche Leute und weiteres Geld mobilisieren kann, wenn die Anlagen so gestaltet werden, daß sie für eine bestimmte Zeit im Jahr als Feriendomizil der



„Investoren“ genutzt werden können.

Nicht immer, aber häufig kann man Projekte, Gegenstände und Organisationen gedanklich schneller realisieren als real. Jedenfalls mir erging es so, daß ich - zu Hause im Alltag eingebunden und durch die eigenen Kontoauszüge belehrt - kleinmutig wurde. Bei dieser Kleinmütigkeit spielen dann auch die eigenen bundesrepublikanischen Erfahrungen eine Rolle, die zu Hause leider ein größeres Gewicht haben als in einem Urlaubsland. Hinzu kam, daß meine Idee, litauischen Künstlern hier in Neustadt am Rübenberge oder an einem anderen Ort des Landkreises Hannover eine Ausstellung zu ermöglichen, gleich im Ansatz scheiterte. Der Landrat und der hiesige Kunstverein erteilten dem Vorhaben höflich umschreibend eine Absage, die angesprochenen hiesigen Künstler waren mit sich selbst beschäftigt und eine Kommunikation mit den angeschriebenen litauischen Künstlern scheiterte aufgrund sprachlicher Verständigungsschwierigkeiten.

Wie hier zu lesen ist, war mein Litauenurlaub für mich eine bewegende Angelegenheit So bewegend, daß ich mich der Mühe unterzogen habe, diese Gedanken hier niederzuschreiben. Ich möchte aber auch andere noch zögernde Menschen ermutigen, ins Baltikum generell oder das Memelland speziell zu reisen, bewegt beim Anblick der alten Heimat Tränen der Rührung fließen zu lassen, einfach zu genießen oder nüchtern zu überlegen, wo und wie man helfen kann. Immerhin ist es ja auch möglich, daß meine Überlegungen zu den Stätten der beruflichen und Erwachsenenbildung von einem Menschen mit mehr Geld, Einfluß und Talent - als ich es habe - gelesen werden und dieser sich sagt: „Das ist genau das Projekt, für das ich die richtige Frau, bzw. der richtige Mann bin.“

Nun könnte ja zum Schluß auch noch gefragt werden, wer ist Tristan Abromeit? Darauf gibt es Antworten, wenn auch nicht einfache. Aber vorerst sollen diese Zeilen für ihn sprechen.

# Ammerland

Lokaler Anzeiger am Sonntag für das Ammerland

Redaktion: Tel. 0 44 03 / 93 62-17 • Anzeigen: 0 44 03 / 93 62-0 • Vertrieb: 0 44 03 / 93 62-16 • Fax: 0 44 03 / 93 62

Seite 3 <b>Ammerländer Personalien</b>	Seite 3 <b>Das aktuelle Thema</b>	Seite 9 <b>Sport im Ammerland</b>	Seite 16 <b>Torsholter Glückswochen</b>
---	--	--	--

AMMERLAND KURIER übernimmt Patenschaft für Litauer Kinderheim

## Helfen Sie mit!



Wer helfen will, kann dies gezielt tun. Der AMMERLAND KURIER möchte in den kommenden Wochen und auch darüber hinaus eine Hilfsaktion des Technischen Hilfswerks Westerstede tatkräftig unterstützen.

Von Uwe Schneider

Westerstede/Ammerland. Im Memelland, wo viele Deutsche und deutschsprachige Memeler zu finden sind, soll unsere Hilfe auf fruchtbaren Boden stoßen. Rund 1 800 Kilometer vom Ammerland entfernt findet man auf der Karte das Memelland im heutigen Litauen. Der AMMERLAND KURIER wird in Sougos eine Patenschaft

die AK-Leser gespendet haben, für das Kinderheim mitgehen. Auch der AMMERLAND KURIER wird sich an der Spenden-Aktion beteiligen. Unter anderem geht der Jackpot des Gewinnspiels, sollte er nicht geknackt werden, in den Spendentopf für das Kinderheim. Dies bedeutet, stolze 2 000 Mark sind vielleicht - wenn der Jackpot nicht geknackt wird - im Spendentopf für die Kinder in Sougos. Außerdem haben wir eine weitere Überraschung für die Kinder in Sougos. Darüber aber mehr in einer der nächsten Ausgaben vom AMMERLAND KURIER.

Nun unser Spendenaufruf an die Leser des AMMERLAND KURIER: Haben Sie Lebensmittel oder brauchbare und intakte Küchengeräte, Bekleidung, Spielsachen, Fahrräder oder Medikamente? Wollen Sie die Sachen für die Litauer, insbesondere für das Kinderheim, spenden? Dann rufen Sie uns einfach ab Montag unter Telefon 04403/93620 an. Wir nehmen Ihren Anruf entgegen und organisieren den Abtransport der Spende.

Mehr über Walter Erdmann und seine Hilfsaktionen können Sie lesen auf Seite 4

**Spendenaufruf**  
Lebensmittel, Küchengeräte, Bekleidung, Spielsachen, Fahrräder oder Medikamente für die Menschen im Memelland spenden dringend gesucht.

**Spenden-Telefon:**  
**04403/93620**

Walter Erdmann, Ortsbeauftragter für das THW im Ammerland. Der Halsbeker organisiert zusammen mit seinen Männern die Hilfstransporte in's Memelland

für ein Kinderheim übernehmen. In diesem Heim sind mehr als 100 heimatlose und auch Waisenkinder untergebracht. Bereits zum nächsten Transport des THW in's Memelland sollen Sachen, die

Ammerland Kurier  
Freest-Unternehmensverteilung  
Postfach 7279  
26 747 Bad Zwischa, Oldo  
T. 04403 19362-0  
Fax 04403/9362-79  
Redaktion Uwe Schneider

Verkaufsmannung  
von A3 auf A4  
Tristen Abrommit  
Gorch-Fock-Str.  
37535 Neustadt  
4/95

### Lokales



15 Mitarbeiter des THW einen Konvoi, der rund eine Woche unterwegs ist. „Wir fahren freitags in den Abendstunden los und sind normalerweise am späten Sonntagabend im Zielgebiet. Dann verteilen wir die Güter, so daß wir am darauffolgenden Wochenende wieder in der Heimat sind“, erklärt der Halsbeker.

Den nächsten Konvoi wird auch ein pensionierter Bäckermeister begleiten. Grund: Im Memelland gibt's akute Probleme in Sachen Broterzeugung. „Die staatlichen Großbäckereien, die meist in der

### Fortsetzung von Seite 1: Spontane Hilfe für das Memelland

Walter Erdmann, seit 1978 Ortsbeauftragter des THW Ammerland, hatte im Verlauf eines Memellandtreffens die Armut dort vor Ort live kennengelernt.

Großstadt sitzen, sind nicht in der Lage, den täglichen Bedarf abzudecken. Und wenn, dann bekommen die Städter zuerst ihr Brot. Die Landbevölkerung bekommt, wenn überhaupt, die Reste“, berichtet Walter Erdmann.

Westerstede/Ammerland. Spontan kam ihm die Idee, dorthin einen Hilfskonvoi mit nützlichen Utensilien wie Lebensmittel, Bekleidung, Fahrräder, Medikamente, Küchengeräte und Spielsachen zu organisieren. Rund zehnmal ist er mit seinen Männern ins Memelland mit Hilfsgütern gefahren. Jetzt, Ende Februar, steht wieder ein Hilfskonvoi auf dem Programm des THW. „Die Männer machen alle freiwillig mit, opfern fast ihren gesamten Urlaub für die gute Sache. Da muß viel Idealismus investiert werden“, berichtet Erdmann. In der Regel begleiten

In Süste, das damalige Heidekrug, soll jetzt eine Bäckerei aufgebaut werden. „Uns ist es gelungen, eine moderne, komplette Bäckerei mit Backofen zu organisieren. Jetzt wird vor Ort ein Gebäude für die Backstube mit Verkaufsräum angebaut. Später sollen dort einmal täglich 1 800 Kilo Brote die Grundversorgung verbessern“, erklärt Erdmann. Für den Ausbau sucht das THW noch freiwillige Fachleute, die den Ausbau leiten: pensionierte Maurer, Zimmer- und Fliesenlegermeister. „Der Einsatz ist neben der Gestaltung von Unterkunft und Verpflegung unentgeltlich und dauert mindestens vier Wochen“, meint Walter Erdmann.



Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
D-3153 5 Neustadt  
Telefon 05036/578  
01.05.1995

An die Menschen,  
denen wir im August 1994  
in Litauen begegnet sind oder zu denen  
ich hier im Westen zur Informationsbeschaffung  
zum Thema Litauen / Memelland Kontakt aufgenommen habe

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde!

Die Urlaubszeit 1995 rückt näher und ich selber habe unseren Familienurlaub in Litauen im vorigen Jahr innerlich noch gar nicht abgeschlossen. Ich wäre in diesem Jahr gerne wieder zu Ihnen / Euch nach Litauen gefahren. Meine Frau wollte aber endlich einmal in den Süden. Da sie im vorigen Jahr meinen Wünschen nachgegeben hat, mußte ich ihren Urlaubswünschen in diesem Jahr vor den meinen den Vorrang geben. Da in Italien die anvisierten Quartiere schon ausgebucht waren oder sich als wenig verlockend herausstellten, hat die Familie sich für Kroatien entschieden. Im Nachhinein wurde meiner Frau erst klar, daß ein Urlaub in einer ehemaligen Teilrepublik des durch Bürgerkriege auseinandergefallenen Jugoslawiens nicht unproblematisch ist. Wir bleiben aber bei unserer Entscheidung, einmal wegen des landschaftlichen Reizes, dann aus der Überlegung heraus, als Touristen - wenn auch minimal - eine notleidende Region zu fördern und drittens um unmittelbare Eindrücke über die politische Situation sammeln zu können.

Um nun keinen Neid aufkommen zu lassen, sei der Hinweis erlaubt, daß zwar von der Politik her, den Deutschen wenig Reisebeschränkungen auferlegt sind, aber offene Grenzen sind nur eine Bedingung für das Reisen in andere Länder, neben den gesundheitlichen Voraussetzungen spielt das liebe Geld eben auch für die Deutschen eine große Rolle. Eine Durchschnittsfamilie mit mehreren Kindern muß an allen Enden sparen, um sich ein Urlaub außerhalb der eigenen vier Wände leisten zu können. Wir würden z.B. gerne mit einem Auto-

reisezug fahren, um den Kindern und uns den Streß auf verstopften Autobahnen zu ersparen. Das ist von uns aber nicht finanzierbar. Ich schreibe dies ja nicht um zu klagen und ich vergesse auch nicht, daß die meisten von Ihnen / Euch ganz andere Sorgen haben. Ich denke nur, daß es wichtig ist, daß auch von Litauen aus die Situation in Deutschland realistisch eingeschätzt werden muß. Deutschland ist gemessen am Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich mit Litauen und vielen anderen Ländern der Welt ein reiches Land. Aber erstens würden die armen Länder ihre soziale Situation nicht wesentlich verbessern, wenn der deutsche Reichtum unter ihnen verteilt würde und zweitens ist der Reichtum in der BRD sehr unterschiedlich verteilt. Wir haben bei uns das Problem, daß 1. zu viele Menschen sich nicht aus eigenen Arbeitseinkommen ernähren können und somit auf wohlfahrtsstaatliche Zuwendungen angewiesen sind, 2. die Differenz zwischen wohlfahrtsstaatlichen Einkommen (das für die Betroffenen keineswegs zu hoch ist) und dem Arbeitseinkommen zu gering ist, um arbeitsmotivierend zu sein und 3. ist der Anteil des Kapitaleinkommens im Verhältnis zum Arbeitseinkommen am Volkseinkommen zu hoch. Die Arbeit wird also von den wohlfahrtsstaatlichen Kosten (und den anderen Kosten des Staates) und vom Kapital in die Zange genommen. Und die zunehmende Konzentration des Kapitaleinkommens bei immer weniger Menschen gefährdet letztlich das Modell Demokratie, weil dieses von der etwa gleichen Einwirkungsmöglichkeit der einzelnen Bürger ausgeht. Und nichts von diesen Zuständen ist gottgewollt oder unvermeidbar. Aber halt! Stopp! Ich will doch nicht einen volkswirtschaftlichen Kurs schreiben. Ich wollte doch nur sagen, daß ihr in Litauen nur begrenzt auf uns in der Bundesrepublik neidisch sein dürft oder könnt.

Ich habe bereits im vorigen Jahr versucht, zu einigen von Ihnen / Euch durch Briefe den Kontakt zu vertiefen. Das Echo war mager. Es kann sein, daß die deutsche Schriftsprache Probleme bereitet, daß es einfach am Geld für das Porto fehlt, oder womöglich habe ich ungewollt irgendwelche Tabus verletzt. Ein paar Briefe blieben auch meinerseits unbeantwortet. Einmal kostet meine Rolle als Hausmann und Handwerker für alles, was im und am Haus zu machen ist, Zeit und Kraft und zweitens hat mich eine größere schriftliche Arbeit beschäftigt. Meine Frau, die ja als Programmiererin arbeitet, hat genügend Anlaß über meine schlampige Haushaltsführung zu klagen.

Neulich wurde ich wieder auf die Zeitung das Memeler Dampfboot aufmerksam gemacht. Ich habe daraufhin den beigefügten Artikel „Wer ist Herr Erdmann? ...“ verfaßt. Ob er veröffentlicht wird, weiß ich nicht. Vielleicht findet ja jemand von Ihnen / Euch es lohnend ihn ins li-

tausche zu übersetzen oder ihn an eine deutschsprachige Zeitung in Litauen weiterzureichen.

Ein paar Empfängern füge ich den Reisebericht „Begegnungen mit fremden Erinnerungen“ von Heidrun Kayser bei. Ich fand den Beitrag in der Hanoverschen Allgemeinen Zeitung vom 24. Februar 1995.

Ein paar Menschen, denen wir in Litauen begegnet sind, haben wir schon Bilder, die wir gemacht haben, zugesandt. Anderen fügen wir der heutigen Post ein Bild oder mehrere Bilder bei. Wir haben viele schöne Fotos gemacht. Wir können somit unsere Erinnerungen immer wieder auffrischen. Wir konnten durch die Bilder auch meine Geschwister und eine Kusine, die in Heydekrug geboren wurde, an unserer Reise teilhaben lassen. Leider ist ein Film mit Bildern aus Vilnius durch eine Panne zerstört worden.

Ich hoffe, daß Lina Petraityte, die In Klaipeda, ~~Liepu 8-7~~ wohnt und Germanistik studiert, jenen Freunden helfen kann, die meine Texte nicht lesen können. Ansonsten hoffe ich, daß sich Ihre / Eure Lebenssituation gebessert hat, daß Ihnen / Euch keine Krankheit das Leben schwer macht und daß Sie / Ihr frohen Mutes in die Zukunft schaut.

Mit dem Wunsch Sie / Euch und Litauen wiederzusehen  
grüßt Sie

*Tristan Abromeit*

Meine Frau Susanne und unsere Kinder Rasmus, Ruben und Janne lassen ebenfalls grüßen.

Nachträge:

a) Wir haben einen wunderschönen sonnigen 1. Mai in unserem Garten verbracht. Die Kinder sind glücklich, daß die Großeltern aus Süddeutschland zu Besuch hier waren. Bis auf die Alltagswehwehchen und einer Unpäßlichkeit von Janne geht es uns gut. Mögen auch in Eueren Gärten die Bäume grünen und die Blumen blühen.

b) Nachtrag vom 2. Mai zum Kroatienurlaub: Da in Kroatien wieder geschossen wird, möchte meine Frau mit Rücksicht auf die Kinder dort doch keinen Urlaub machen. Ein Familienurlaub sollte nach meinem Dafürhalten schon etwas abenteuerlich sein. Nur zwischen einem Urlaub mit Vollversorgung und allseits abgesicherten Ausflügen und einem Urlaub in einem Bürgerkriegsland gibt es sicher bessere Möglichkeiten.